

# Meinungen

Leitartikel

## Europa braucht eine starke EU

Brüssel kann Putin, Xi und Trump nur Paroli bieten, wenn die EU-Mitglieder ihre europäische Verantwortung wahrnehmen.

Der EU geht es nicht gut. Die Folgen der Finanzkrise sind immer noch spürbar, die Währungsunion bleibt fragil und die Migrationsfrage ungelöst. Populisten wettern gegen Brüssel, während sie gleichzeitig von der EU profitieren. In Ost- und Südosteuropa verliert der europäische Wertekanon an Wirkung, und die Brexit-Wunde schwärt noch immer. Und nun wird gewählt! Kommende Woche bestimmen 450 Millionen Europäer ihr Parlament.

In den 28 EU-Mitgliedsstaaten kandidieren Politikerinnen und Politiker zahlreicher Parteien, links, Mitte, rechts. Massgebend ist jedoch nur eine Frage: für Europa oder gegen Europa? Derzeit sieht es danach aus, als ob die Proeuropäer ihre Mehrheit verteidigen könnten, die EU-Gegner dürften aber zulegen. Deshalb besteht die Gefahr, dass sich Europa bei dieser Wahl weiter selber schwächt.

Dabei benötigt die EU dringend einen Vitaminstoss. Die grösste Herausforderung ist das neue China von Xi Jinping. Erstmals ist es einem kommunistischen Regime gelungen, den Wohlstand massiv zu steigern. Dabei ist Peking nicht nur ein wirtschaftlicher Konkurrent, sondern zunehmend

ein gesellschaftlicher: Das China des 21. Jahrhunderts ist eine erfolgreiche Diktatur, deren Machterhalt auf totaler digitaler Überwachung basiert und die sich nun als Alternative zu den westlichen Demokratien empfiehlt. Wirtschaftliche Versprechen, mit denen China einzelne EU-Staaten – und auch die Schweiz, wie wir gesehen haben – ködert, kann Europa nur kontern, wenn es geschlossen auftritt.

Was Russland betrifft, geht es um die Sicherheit. Solange es Wladimir Putin gelingt, die Europäer auseinanderzudividieren, kann er den russischen Einfluss nach Westen ausweiten. Und schliesslich hat die Police der transatlantischen Rückversicherung an Wert verloren. Selbst wenn Donald Trump nicht wiedergewählt wird, lässt sich das Rad nicht zurückdrehen.

Mehr denn je auf sich selbst gestellt, muss Europa zu innerer Stärke finden. Wenn deshalb nun aber Europa-Turbos mehr Integration fordern, erreichen sie das Gegenteil: Sie forcieren damit die Spaltung der EU. Das ist nicht etwa die Folge des nationalistischen Populismus, sondern die Konsequenz des Demokratiedefizits in der EU. Seit dem Maastrichter Vertrag (1993) hat sich die Exekutivgewalt in

**Auf der Weltbühne ist die Schweiz auf einen Partner mit ähnlichen Werten angewiesen. Das kann nur Europa sein.**

Brüssel verselbstständigt. Diese Entwicklung, verkörpert von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker – gut, dass seine Amtszeit abläuft –, hat Anti-EU-Kräften wie Matteo Salvini, Viktor Orban oder Jaroslaw Kaczynski Auftrieb gegeben. Sie verhöhnern die EU und ignorieren ihre Verdienste um Frieden und Wohlstand.

Fahrlässig wäre deshalb, der EU weitere umfassende Kompetenzen zu übertragen. Wer das fordere, jage «einer ahistorischen Utopie» nach, schreibt der renommierte deutsche Historiker Heinrich August Winkler. Damit würde wider Willen der Nationalismus gefördert. Er schlägt vor,

dass die nationalen Parlamente mehr europapolitische Verantwortung übernehmen, europäische Themen debattieren und nach vereinbarten Fristen darüber befinden: «Wenn europäische Fragen intensiv behandelt und als Kernthemen der nationalen Politik begriffen werden, nimmt die Akzeptanz der EU zu.»

Der liberale europäische Nationalstaat ist bis heute der sicherste Hort für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte, illiberale Demokratien wie Ungarn oder zum Teil Polen sind Ausnahmen. Die allermeisten EU-Bürger sehen sich als Europäer, identifizieren sich aber mit ihrer historisch gewachsenen Nation, und das nicht nur bei Fussballländerspielen.

Was heisst das für die Schweiz? Populistische Kräfte hierzulande hoffen, dank der Schwäche der EU ein besseres Rahmenabkommen mit Brüssel herauszuholen. Sie dürften sich täuschen: Derart unter Druck wird die EU kaum konzilianter, auch in Sachen Brexit zeigten sich die Mitgliedsstaaten selten einmütig. Ausserdem bleibt es dabei: Die Schweiz ist weit mehr auf einen Markt mit 500 Millionen Menschen angewiesen als die EU auf einen mit 8,5 Millionen.

Der Schweiz sollte aber nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen an einer starken EU gelegen sein. Ungeachtet der Begeisterung von Bundespräsident Ueli Maurer für Chinas neue Seidenstrasse, steht es der Schweiz gut an, wenn sie sich in Peking oder Moskau für Menschenrechte einsetzt. Von Diktatoren und Autokraten wird sie eher ernst genommen mit einem starken Europa im Rücken, das für dieselben Werte eintritt.

Nach der Europawahl werden die EU-Kommission und ihr Präsident neu bestimmt. Wenn die künftige Exekutive auf vermeintlich europafreundliche Utopien verzichtet, wenn sie die Nationalstaaten nicht als Anachronismus betrachtet und wenn sie bescheiden und realistisch agiert, dann bietet sich der EU eine neue Chance. Und damit auch der Schweiz. Denn auf der Weltbühne ist sie auf einen verlässlichen Partner mit ähnlichen Wertvorstellungen angewiesen. Das kann nur Europa sein.



**Christof Mürger**  
Leiter Ressort International

## Skandalöse Drohung aus der Wirtschaft

Der Staat hat hochkompetitiven Branchen keine Gegengeschäfte zuzulassen.

Beni Gafner

Die Reaktion des Wirtschaftsverbandes Swissemem auf die Ankündigung des Bundesrats vom Donnerstag erscheint inhaltlich fragwürdig und politisch skandalös. Der Bundesrat hat diese Woche auf Antrag von Bundesrätin Viola Amherd (CVP) beschlossen, beim Kampfjetkauf Gegengeschäfte im Umfang von 60 Prozent auf den Kaufpreis zuzulassen.

Der Verband der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie ging von hundert Prozent Kompensation aus. Die Enttäuschung bei den Bossen ist nun offenbar gross. Die bundesrätliche Anpassung nach

unten betrifft die indirekten Offsetgeschäfte. Diese Gegengeschäfte wären Firmen zugutegekommen, die nicht zur Wehrindustrie gehören. Swissemem behauptet nun, dass Mehrkosten durch solche Offsets «mittels Steuerrückflüssen weitgehend kompensiert werden». Der Entscheid des Bundesrats sei unverständlich.

Nach Vorstellung der Verbandsbosse hat man es bei Offsetgeschäften, die dem Staat den Einkaufspreis im vorliegenden Fall um Hunderte Millionen verteuern, also mit einer Art wirtschaftlichem Perpetuum mobile zu tun: Der Staat hat der Industrie nur genügend Gegengeschäfte zuzulassen, Mehrkosten lösen sich dann, oh Wun-

der, in Luft auf. Mit Verlaub – hätte dieses sozialistisch anmutende Rezept je funktioniert, die damalige DDR-Industrie hätte einem bewunderten, weitherum kopierten, brummenden, rentablen Staatswunder entsprochen.

Dass Swissemem im gleichen Communiqué damit droht, dem Rüstungsprojekt in der Abstimmung die Unterstützung zu versagen, ist unhaltbar. Zum einen hat die Armee der Wirtschaft bei den Ausbildungszeiten ihrer Kader und bei Rüstungsprojekten früherer Tage unzählige Konzessionen gemacht. Und dieselbe Wirtschaft profitiert täglich von der Sicherheit im Land als wichtigem Standortfaktor. Swissemem hat dies anzuerkennen.

## Lichtscheue Justiz

Erstaunlich: Eine transparente Rechtsprechung ist hierzulande immer noch nicht Standard.

Daniel Foppa

Die Justizöffentlichkeit ist ein Grundpfeiler unseres Rechtsstaats. So heisst es in der Bundesverfassung kurz und knapp: «Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung sind öffentlich.» Trotzdem sieht die Praxis oft anders aus. Journalisten, die über Urteile berichten wollen, erhalten diese gar nicht oder nur verspätet zugestellt. Die Behörden setzen dabei oft auf eine Zermürbungstaktik: Sie wissen zwar, dass sie das Urteil schliesslich rausrücken müssen. Indem sie aber Schikanen und Gebühren einbauen, setzen sie darauf, dass das Interesse der Medien verflacht und das Urteil nicht an die Öffentlichkeit kommt.

Ein stossender Fall ereignete sich diese Woche. Der ausserordentliche Staatsanwalt Ulrich Weder hatte gegen zwei Luzerner Staatsanwälte ermittelt. Der Verdacht stand im Raum, sie hätten ein Verfahren gegen den Zuger Regierungsrat Beat Villiger zu Unrecht eingestellt. Villiger war vorgeworfen worden, einer Frau ohne Führerausweis sein Auto überlassen und einen Kaufvertrag manipuliert zu haben.

Weder stellte das Verfahren gegen die Staatsanwälte ein und informierte die Medien per Communiqué. Die Einstellungsverfügung aber durfte man erst fünf Tage später einsehen. Das Kalkül: Die Journalisten begnügen sich mit der knappen Zusammenfassung, holen ein paar Reaktionen ein und beschliessen ihre Berichterstattung zum Fall. Tatsächlich zitierten die meisten Journalisten das Communiqué und befragten die Luzerner Staatsanwaltschaft, die sich gegenüber ausgewählten Medien erfreut zeigte.

Wer hingegen nachlesen wollte, was wirklich Sache ist, musste ein Gesuch stellen. Wurde es bewilligt, konnte

man die Verfügung bei der Luzerner Staatsanwaltschaft einsehen. Die 29 Seiten zu kopieren, war jedoch untersagt. Weder argumentierte, die Verfügung würde sonst womöglich «im Internet landen», und verwies auf entsprechende Empfehlungen der Staatsanwälte-Konferenz.

Die anachronistische Einschränkung hatte zur Folge, dass Medienschaffende der Onlineportale «Republik» und «Zentralplus», von SRF sowie Tamedia gemeinsam die Verfügung abtippeten, um zu erfahren, warum das Verfahren tatsächlich eingestellt worden ist.

Nun könnte man diese Schreibe sportlich nehmen – würde sie nicht auf ein gewichtigeres Problem verweisen. Denn Schikanen für Journalisten führen zu oberflächlicher Berichterstattung. So verzichteten die meisten Medien, die bereits über das Communiqué berichtet hatten, ein paar Tage später auf eine erneute, fundiertere Berichterstattung. Und teilten ihren Leserinnen und Lesern nicht mit, dass das Verfahren gegen die Staatsanwälte zwar eingestellt worden ist, ihr Verhalten jedoch mehrfach als «nicht nachvollziehbar» taxiert wurde.

Es geht nicht darum, dass der Fall Villiger von fundamentalem Interesse für das Land wäre, oder dass Journalisten Widerstände scheuen. Es geht ums Prinzip: Die Justiz darf sich der Öffentlichkeit nicht entziehen. Urteile, Strafbefehle und Einstellungsverfügungen sind umgehend publik zu machen. Dem Persönlichkeitsschutz ist mit geschwärzten Passagen zu genügen. Nicht akzeptabel sind dagegen Tendenzen Richtung Kabinettsjustiz. Sie widersprechen der Verfassung und verhindern die demokratische Kontrolle der Gerichte. Es befremdet, dass man für diese Selbstverständlichkeit kämpfen muss.

Widmers Woche

